

# Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.  
Beizugspreis für Abonnenten durch die  
Post bezogen und abholen vom Postamt 0,65 Mk.;  
bei direkter Bestellung durch den Briefträger  
ins Haus 18 Pfg. mehr.  
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben  
unter Mitwirkung des Verbands- und Bezirks-Vorstands  
vom  
**Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine**  
(Vierhundert)  
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:  
Geschäftsanz. 45 Pfg., Familienanz. 15 Pfg.,  
Verbandsanz. 10 Pfg., Arbeitsmarkt 5 Pfg.,  
Reaktion und Expedition:  
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.  
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 84.

Berlin, Mittwoch, 23. Oktober 1907.

Neununddreißigster Jahrgang.

## Inhalts-Verzeichnis.

Hebers Ohr gehauen. — Entwicklung der Einnahmen  
und Ausgaben in den Gewerksvereinen. — Allgemeine  
Rundschau — Gewerksvereine-Teil. — Verbands-Teil. —  
Anzeigen-Teil.

### Hebers Ohr gehauen.

Vor kurzem schon nahmen wir Veranlassung,  
uns mit der geplanten Witwen- und Waisen-  
versicherung zu beschäftigen. Je näher der Zeit-  
punkt rückt, bis zu dem dieser Versicherungszweig ein-  
geführt werden soll, umso mehr verschlechtern sich die  
Ausichten dafür. Ueberaus bezeichnend ist ein Artikel  
in der „Allg. Ztg.“ der von „juchendlicher Seite“  
ausgeht, und erkennen läßt, wie schwer sich die  
Majorität des Reichstages fernerzeit am deutschen  
Volke vergangen hat, als sie die Zollrückstellungen und  
damit die Verteuerung aller Lebensmittel zugestand  
gegen das Versprechen einer Witwen- und Waisen-  
versicherung. Am 1. Januar 1910 sollte das be-  
treffende Gesetz in Kraft treten. Wenn bis dahin  
nicht die genügenden Mittel aus den Getreidezoll-  
erträgen gesammelt sind, so bestimmt das Zollrück-  
stellungsgesetz, daß die Zinsen der angeammelten Mehrerträge  
aus den Lebensmittelpreisen den einzelnen Landesver-  
sicherungsanstalten zum Zwecke der Witwen- und  
Waisenversorgung überwiesen werden sollten. Die  
Unterstützung der Witwen und Waisen soll dann auf  
Grund eines vom Reichs-Versicherungsamt zu ge-  
nehmigenden Statuts erfolgen.

Es läßt sich kurzat noch nicht sagen, wie in diesem  
Falle die Renten ausfallen werden und unter welchen  
Voraussetzungen sie bewilligt werden. Das eine steht  
aber schon heute fest, daß die erwarteten Mehrerträge  
aus den Lebensmittelpreisen, mit denen ursprünglich  
die Witwen- und Waisenversicherung durchgeföhrt  
werden sollte, ausgeblieben sind. Nicht einen Pfennig  
hat man bisher für die Versicherung zurücklegen  
können, weil sich Mehrerträge aus den Zöllen nicht  
ergeben haben. Diese anfallende Erscheinung wird  
darauf zurückgeföhrt, daß unmittelbar vor dem Zu-  
tritttreten der neuen Handelsverträge eine Massen-  
einfuhr von Getreide stattgefunden hat, wodurch  
natürlich die Zollentnahmen später geringer werden  
mußten. Wie soll es aber werden, wenn sich ein  
solcher Ausfall wiederholt, nachdem die Witwen- und  
Waisenversicherung durchgeföhrt ist, oder wenn viel-  
leicht mit Rücksicht auf die innerseinerzeitige Höhe der  
Getreide- und Fleischpreise die Zölle zeitweilig an-  
gehoben werden müssen? Dann bleibt nichts anderes  
übrig, als daß die Landesversicherungsanstalten aus  
ihren Mitteln die Versicherung durchföhren. Um dies  
aber möglich zu machen, müssen entweder die Beiträ-  
ge für die Invalidenversicherung erhöht werden,  
um den Landesversicherungsanstalten größere Mittel  
anzuwenden, oder aber das Reich muß aus eigenen  
Mitteln die Kosten decken. Beide Wege bieten überaus  
große Schwierigkeiten. Eine Erhöhung der Beiträge  
würde sowohl von den Arbeitern schwer empfunden  
werden, als auch von den Arbeitgebern, den  
industriellen sowohl als auch den landwirtschaftlichen,  
die schon heute über die schwere Belastung durch die  
Arbeiterversicherung bitter Klage föhren. Die Mit-  
stimmung unter den Arbeitern würde aber sicherlich  
ihren Höhepunkt erreichen; denn man würde sich  
sagen, daß man fernerzeit mit der Erhöhung der Zölle  
gleichzeitig eine Erhöhung der Beiträge zur Invaliden-  
versicherung hat mit den Kauf nehmen müssen.

Es scheint allerdings, als wenn dieser Weg, so  
gefährlich er auch ist, als der einzig gangbare ange-  
sehen wird, da das Reich bei den jetzt wachsenden  
Ausgaben für Meer und Marine kaum geneigt und  
in der Lage sein wird, die Kosten der Witwen- und  
Waisenversicherung zu tragen. Die Ausichten sind  
also überaus schlecht, und es ist sehr bezeichnend, wenn  
die „Allg. Ztg.“ schreibt, daß aus diesem Grunde die  
Erhöhung nahe liegt, die Einführung der

Witwen- und Waisenversicherung so lange  
hinauszuschieben, bis ein reichlicher Stamm  
für die Rentenzahlung durch die Mehr-  
erträge aus den Lebensmittelpreisen ge-  
sammelt ist. Daß bis zum Jahre 1910 davon  
nicht die Rede sein kann, liegt wohl klar auf  
der Hand.

Also mit der Einführung des neuen Versicherungs-  
gesetzes im Jahre 1910 steht es recht trübe aus.  
Wir wollen aber auf die Ausführungen des einfluß-  
reichen nationalliberalen Blattes doch noch etwas  
näher eingehen, um zu zeigen, wie sich in manchen  
Richtungen die neue Wohltat, mit der man die Arbeiter  
bedenken möchte, ausmalt. Das Blatt warnt dringend  
davor, für den Fall, daß die Witwen- und Waisen-  
versicherung sich doch einföhren läßt, den Kreis der  
Versicherten zu weit auszudehnen. Man solle sich  
darauf beschränken, das dringendste Bedürfnis  
zu befriedigen und dafür in jedem einzelnen Falle  
etwas reichlicher geben. Denn durch kleine Renten  
würde eine wirkliche Befriedigung nicht hervorgerufen.  
Jedemal tritt der Herrger hervor, daß die Rente  
nicht höher sei. Dagegen kommt es dann auch, daß  
die Sozialdemokratie mit ihren Behauptungen von  
den lumpigen Wohlthaten der Arbeiterversicherung bei  
den breiten Massen der Bevölkerung ein geneigtes  
Ohr finde. Eine verständliche Witwen- und Waisen-  
versicherung soll nach der „Allg. Ztg.“ bei den Ge-  
werksvereinen und den während der Betriebsstätigkeit  
vorgekommenen Todesfällen einleiten, die nicht  
der Unfallversicherung unterliegen, da in letzterem  
Falle den Hinterbliebenen eine Rente gesichert ist.  
Das Blatt macht aber dann noch einen weiteren  
Vorschlag dahingehend, daß für den Fall der all-  
gemeinen Einführung der Witwen- und Waisenver-  
sicherung die kleinen Unfallrenten beseitigt werden mit  
Rücksicht auf die schwere Belastung der Industrie.

Diese Ausführungen zeigen recht deutlich, welche  
verhängnisvolle Gabe man den Arbeitern zugehöcht  
hat. Erhöhung der Beiträge zur Invalidenver-  
sicherung oder Wegfall der kleinen Unfallrenten, das sind  
die Opfer, die jetzt die Arbeiterschaft für die Witwen-  
und Waisenversicherung auch mit in den Kauf nehmen  
soll. Im Jahre 1902, als man den Zolltariff mit  
aller Gewalt durchbringen wollte und zu diesem  
Zwecke die Witwen- und Waisenversicherung gewisser-  
maßen als Gegengabe darbot, da war von solchen  
Opfern der Arbeiterschaft nicht die Rede. Nun, da  
der Zolltariff unter Dach und Fach ist, da werden  
aus einmal alle die Bedenken laut, die auch fernerzeit  
schon von den Gegnern dieser Pläne geltend gemacht  
wurden. Man sieht, die Arbeiter sind geföhrt über  
Ohr gehauen worden. Wögen das namentlich die  
in den christlichen Organisationen vereinigten Arbeiter  
erkennen und dem Zentrum, das die Hauptschuld an  
diesen Dingen trägt, durch die Tat zu erkennen  
geben, daß sie für die Zukunft eine derartig volks-  
feindliche Politik nicht mehr unterstützen wollen.

### Entwicklung der Einnahmen und Aus- gaben in den Gewerksvereinen.

Daß in den Gewerksvereinen in den letzten Jahren  
eine gewisse Wandlung vor sich geht, ist niemandem  
fremd geblieben. Aber das Maß derselben und die  
Gebiete, über welche sie sich erstreckt, sind noch zu  
wenig bekannt. Man muß aber eine Entwicklung  
kennen, wenn man sie nicht oft unabsichtlich hemmen  
will. Wer sie erkennt, hat es auch leichter, ihr  
föhrender nachzugehen, sie zu beschleunigen. Nichts  
ist dazu geeigneter, als wenn man über eine Reihe  
von Jahren hinweg die Bewegung statistisch zu er-  
fassen sucht. Jeder ist das nur für eine beschränkte  
Reihe von Jahren möglich. Erst seit 1901 gibt es  
eine vom Kollegen Klein zusammengestellte Jahres-  
statistik über Mitgliederzahl, Einnahmen und Aus-  
gaben. Das aus früheren Jahren nachzuholen, ist

eine zu schwierige Aufgabe, der wir uns nicht unter-  
ziehen konnten. Wir beschränken uns also darauf,  
die Entwicklung sämtlicher Gewerksvereine von 1901  
ab zu verfolgen, werden aber den Verhältnissen des  
größten Gewerksvereins, dem der Maschinenbauer, bis  
1896 nachgehen. Das genügt, um die Gesamtendung  
der Entwicklung nachzuweisen.

Man kann den Beginn der Veränderungen von  
dem Tage ab datieren, da die Zeitung des Gewerks-  
vereins der Maschinenbauer mit dem 10 Pfennig-  
Beitrag brach und auf dem Delegiertentage 1899 den  
Wochenbeitrag auf 15 Pfg. erhöhte.

Tabelle I zeigt uns Einnahmen, Ausgaben und  
Vermögensstand aller Gewerksvereine zusammen seit  
1901. Der durchschnittliche Jahresbeitrag eines Mit-  
gliedes betrug im Jahre 1901 danach 7,46 Mk. und  
stieg bis 1906 auf 11,87 Mk. Das ist eine Er-  
höhung der Beiträge um die Hälfte in fünf Jahren.  
Diese Zahlen gewinnen aber erst Leben, wenn man  
sie vergleicht mit denen der beiden Konkurrenz-  
richtungen in der vorliegenden und letzten Spalte. Wenn  
die Gewerksvereine auch gewohnt sind, sparsamer zu  
wirtschaften wie z. B. die sozialdemokratischen Ver-  
bände, so kann das keineswegs darüber hinweg-  
täuschen, daß, wollen wir mit ihnen die Konkurrenz  
aushalten, unsere Mitglieder ebenso opferwillig werden  
müssen wie die der anderen Organisationen. Schon  
1901 brachten aber die Sozialdemokraten pro Kopf  
mehr auf als wir noch heute. Und zurzeit ist, wie  
die Zahlen beweisen, ihr Jahresbeitrag im Durch-  
schnitt doppelt so hoch. Die Leistungen der Christ-  
lichen sind ja kaum um  $\frac{1}{2}$  höher gewesen im Jahre  
1906 als die unsrer; aber sie haben doch seit 1901  
ihren Jahresbeitrag fast verdreifacht, also wesentlich  
schneller gesteigert als wir. Und man kann an-  
nehmen, daß auch bei ihnen die Entwicklung noch  
nicht abgeschlossen ist.

Nun darf man sich aber eins nicht täuschen: die  
Entwicklung in den Gewerksvereinen war nicht einheit-  
lich. Maschinenbauer, Tischler, Bauhandwerker haben  
ihren Jahresbeitrag pro Mitglied teilweise sehr viel  
schneller gesteigert als die Fabrik- und Handarbeiter,  
Lehrer, Arbeiter, u. a. Auch spielt in  
unserer Rechnung der Gewerksvereine der Kaufleute  
eine bedeutende Rolle. Und die kaufmännischen Or-  
ganisationen erheben alle einen niedrigeren Beitrag  
als die Handarbeiterverbände. Die Konkurrenz-  
richtungen haben aber keine erheblichen Teil kauf-  
männischer Mitglieder in ihren Reihen. Das alles  
hilft aber nicht darüber hinweg, daß große Teile der  
Gewerksvereine sehr viel schneller mit Erhöhung der  
Beiträge vorgehen müssen, als bisher geschehen ist.  
Die jetzige Aufstellung werden wir in Zukunft all-  
jährlich forsorgen. Es wird sich dann zeigen, ob das  
Tempo ein schnelleres wird. Vorrecht ist gut und  
durchaus angebracht, und nichts liegt uns ferner, als  
einem Draufgängerium in dieser Sache das Wort zu  
reden. Aber zwischen diesen beiden Gegensätzen liegt  
ein breites Arbeitsfeld, und übertriebene Voracht kann  
leicht reaktionär wirken. Kürzere Perioden zwischen  
den einzelnen Delegiertentagen — in manchen Gewerks-  
vereinen finden diese nur alle 5 Jahre statt — würden  
auch schon einen schnelleren Fortschritt auf dem Ge-  
biete ermöglichen.

Wesentlich günstiger ist das Gesamtbild für die  
Gewerksvereine, wenn wir in den Spalten 4—7 der  
Tabelle I die Vermögensübersichten pro Kopf der Mit-  
glieder vergleichen. Es betrug für die Gewerksvereine  
im Jahre 1906 pro Kopf 30,60 Mk., für die Sozial-  
demokraten 14,98 Mk. und für die Christlichen  
9,59 Mk. Es läßt sich von keinem Gesichtspunkte  
aus etwas dagegen einwenden, daß für die Gewerks-  
vereine die Vermögen der Kranken- und Sterbefälle  
mitberechnet werden, schon weil doch ein Teil der  
Konkurrenzverbände Kranken- und Sterbefälle aus  
den Verbandsklassen zahlen. Daß ein hohes Vermögen  
pro Kopf ein wesentliches Kampfmittel ist, insofern  
sich die Unternehmer sehr überlegen, ob sie mit einem

fabriken von Haukestein b. Pirnawitz wurde den Arbeitern die Kündigung zugesagt, weil sie die Verabreichung der Arbeitszeit von 12 auf 10 Stunden verlangten. Die Fabrikanten lehnten diesen Antrag ab und verlangten seine Zurücknahme. Als dies nicht geschah, erfolgte die Kündigung. In Frage kommen etwa 800 Arbeiter und Arbeiterinnen. — Die Maschinen der Hamburg-Altonaer Fischdampfer haben die Arbeit niedergelegt, nachdem die Heeder die von ihnen aufgestellten Forderungen rundweg abgelehnt haben. — In Solingen streiken die Buntschlitzergesellen im Streit. Den Vorschlag der Meister, allmählich den Reanspruch einzuführen, haben sie abgelehnt und die übrigen Bauarbeiterorganisationen aufgefordert, sich mit ihnen solidarisch zu erklären. Darauf haben die Unternehmer beschlossen, denjenigen Tischlermeistern, welche den Gesellen Zugeständnisse gemacht haben, keine Arbeit und kein Material mehr zu liefern.

Nachdem die in den Säbholzfabriken Dänemarks beschäftigten Arbeiter rund ein Vierteljahr ausgespart gewesen sind, ist jetzt eine Einigung zustande gekommen, die zur Wiederaufnahme der Arbeit führt. Die in der Vereinbarung getroffenen Abmachungen sollen bis zum Jahre 1912 Geltung haben. — Die Bewegung der Eisenbahner in England hält noch immer die Aufmerksamkeit gefesselt. Unternehmer und Arbeiter rufen sich auf den eventuell ausbrechenden Streik, der für die erste Hälfte des November geplant ist, wenn die Eisenbahngesellschaften kein Entgegenkommen zeigen. In Anbetracht der schweren Schädigungen, die ein Streik der Eisenbahner im Besonderen mit sich bringen würde, hat sich der englische Handelsminister mit einem hervorragenden Eisenbahndirektor in Verbindung gesetzt, um noch in letzter Stunde eine Einigung herbeizuführen. Die Situation hat sich für die Eisenbahngesellschaften wesentlich verbessert, da sämtliche in Betracht kommende Organisationen beschlossen haben, auf der Anerkennung der Organisation zu bestehen und einmütig alles zu versuchen, um diese durchzusetzen. — Auch in Italien droht ein Ausbruch der Eisenbahner, weil die Bahnverwaltung die an der Streikbewegung in Mailand und Turin beteiligten Eisenbahnbeamten bestrafen will. Allerdings machen sich lebhafteste Entwürfe geltend, die von einem Streik abraten, da derselbe ausfichtslos sei, weil man wahrscheinlich auch die gesamte öffentliche Meinung gegen sich haben werden.

Leeres Stroh dreschen noch immer die sozialdemokratischen Blätter über den weiterkämpfenden Fall Robt. Franck, während diese selbst der Sache ziemlich gleichgültig gegenüberstehen. Dr. Franck erklärt in der Mannheimer „Volkstimme“, daß die Bedeutung der Beeridigungsaffäre in keinem Verhältnis stehe zu dem von diesen Seiten gemachten Aufwand an Worten und Enttäuschung. Er wolle zur weiteren Aufklärung der Sache nicht beitragen. „Diesen Standpunkt zu verlassen bieten mir auch die unwichtigen und verlebenden Bemerkungen des Genossen Bebel keinen Grund.“ Denselben Standpunkt nimmt auch noch die „Münchener Post“ des Herrn v. Vollmar ein, die von solchen Bagatelldingen und persönlichen Auseinandersetzungen nichts wissen will. Ganz anderer Meinung ist natürlich die Redaktion des „Vorwärts“, in der die sozialdemokratischen Grundzüge in höchster Reinkultur geschildert werden. Der „Vorwärts“ verspricht, seine Leser auch weiterhin über die Angelegenheit in vollster Ausführlichkeit auf dem laufenden halten zu wollen. Und da sage noch einer, daß die sozialdemokratische Presse nichts Positives zur Verbesserung der Lage der Arbeiter leistet. Wie wir schon sehen, hat sich nunmehr auch die sozialdemokratische Parteikonferenz Baden mit der Angelegenheit Robt. Franck beschäftigt und eine Resolution angenommen, in der die Erwartung ausgesprochen wird, daß die Vertreter der sozialdemokratischen Partei sich in Zukunft von allen Veranlassungen rein monarchischen Charakters fernhalten. Den beiden Abgeordneten aber wurde ausdrücklich quittiert, daß sie nach wie vor das Vertrauen der Parteigenossen des Landes genießen. Europa hat Frieden, Europa hat Ruh!

Gegen den Terrorismus der Sozialdemokraten richtet sich folgender Antrag, den die Zentrumsfraktion im bayerischen Landtag eingebracht hat:

„Unternehmern, die sich um Übernahme von Arbeiten auf Rechnung des Staates bewerben, sollte nur dann zu übertragen, wenn sie durch Vertrag die Verpflichtung übernehmen, ihre Arbeiter gegen jede Gewaltmaßregel durch Militärdienst, insbesondere gegen Brotlosmachung, zu schützen. Für den Fall der Nichtbeachtung dieser Verpflichtung hat sich der Staat das Recht zu vorbehalten, die in Frage kommenden Arbeiten auf Kosten des betreffenden Unternehmers von anderen Firmen ausführen zu lassen.“

Es ist eine bekannte und leider tief bedauerliche Tatsache, daß vielfach seitens freier Gewerkschaften Aenderungsorganisierte aus der Arbeit verdrängt werden durch die an den Arbeitgeber gerichtete Drohung, daß

sonst seitens der Verbändler die Arbeit eingestellt würde. Wir haben es niemals an der schärfsten, Beurteilung dieses Terrorismus fehlen lassen. Wir billigen deshalb auch die Tendenz dieses Antrages, namentlich weil dadurch auch dem von christlicher Seite unseren Mitgliedern gegenüber geübten Terrorismus Einhalt getan werden kann.

Wie gelbe Gewerkschaften geschützt werden. In der vergangenen Woche hat in Berlin unter zahlreicher Beteiligung eine Generalversammlung des Arbeitgeberverbandes für das Buchdruckergewerbe stattgefunden. Es handelt sich hier um diejenigen Prinzipale, die der Tarifgemeinschaft nicht angehören. Dieser Arbeitgeberverband hat dann auch auf seiner Tagung seine Wertehaltungen dauernd als „freie Wertehaltungen“ erklärt, d. h. für solche, in denen nicht bloß organisierte, sondern auch nichtorganisierte Geschäfte beschäftigt werden. Was aber die Hauptsache ist: In Betreff der letzteren wurde beschlossen, ihnen für den Fall von Krankheit, Invalidität und Todesfall den Bezug der gleichen Beiträge zu ermöglichen, wie sie vom Verbande der deutschen Buchdrucker gewährt werden. Die dem Arbeitgeberverband angehörenden Prinzipale wollen die Hälfte der wöchentlich zu zahlenden Prämien auf sich nehmen, während den Gehilfen ein Rechtsanspruch gewährt werden soll, den sie bei dem Verbande der Buchdrucker nicht haben.

Man sieht, es handelt sich hier um eine ausgesprochen gelbe Gründung. Den Terrorismus, den Koalitionswang, der von Seiten des Buchdruckerverbandes geübt wird, machen sich die Unternehmer hier wie auch sonst zunutze, um die Gehilfen von der Organisation fernzuhalten. Die Gründung dieser gelben Gewerkschaft fällt vor allem auf das Schuldkonto des Verbandes der Buchdrucker, wenn auch die Mühensteinsche Prinzipale-Vereinigung ein gerütteltes Maß der Verantwortung dafür zu tragen hat. Diese freilich wird sich darüber hinwegsetzen wissen. Dem Buchdruckerverband aber sollte die neue Gründung ein Fingerzeig sein, daß er sich mit seiner Taktik anderen Organisationen gegenüber auf dem falschen Wege befindet.

„Deutsche Fern“, so heißt das Blatt, vor dem wir heute unsere Kollegen dringend warnen wollen. Es ist das Organ des Bundes vaterländischer Arbeitervereine, das mit dem 1. Oktober d. J. ins Leben gerufen worden ist. Selbstverständlich will es für die Ausbreitung der Bestrebungen des Bundes wirken, indem es nicht nur unterhalten, aufklären und belehren, sondern den bürgerlichen Kreisen Gelegenheit geben will, die Sache des Arbeiters kennen und würdigen zu lernen.“ Daneben soll es einen Arbeitsmarkt für Unternehmer und Arbeiter herstellen.

Wir stellen das neue Unternehmen auf gleiche Stufe mit dem von den gelben Gewerkschaften herausgegebenen „Bund“. Beide Blätter vertreten die Interessen von Vereinigungen, die einer gesunden Entwicklung der Arbeiterbewegung entgegenarbeiten und deswegen keine Erstrebenswürdigkeit haben. Der Arbeiter, der seine wirtschaftlichen Interessen vertritt, will außerhalb der Sozialdemokratie auf neutralem Boden, der hat dazu Gelegenheit in den Deutschen Gewerksvereinen. Wer aber die Sozialdemokratie politisch besämen will, der möge sich einer politischen Organisation anschließen. Deshalb kann vor der Verbreitung der genannten Blätter nicht dringend genug gewarnt werden. Mögen sich unsere Kollegen stets der Gefahr bewußt sein, welche jene Zeitungen der Arbeiterklasse bereiten und auch die Unerschrockenen stets darauf hinweisen.

Für die Verkürzung der Arbeitszeit. Mit dem 15. Oktober hat die Firma G. Ley in Wehlar für ihre optischen und mechanischen Werkstätten endgültig die 8stündige Arbeitszeit zur Einführung gebracht, nachdem ein Versuch im vorigen Jahre sich durchaus bewährt hatte. Die durchschnittliche Arbeitsleistung war trotz der kürzeren Arbeitszeit nicht nur keine geringere geworden, sondern war sogar nicht unwesentlich gestiegen. Bei der Abstimmung, die unter den in Afford beschäftigten Arbeitern vorgenommen wurde, ergab sich, daß neun Zehntel aller für die 8stündige Arbeitszeit und nur ein Zehntel für die neunstündige stimmten. Daraufhin wurde die tägliche Arbeitsdauer endgültig auf 8 Stunden, d. h. von 8—12 und 2—6 Uhr festgelegt. Auch dieses Beispiel zeigt, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit keineswegs eine Verminderung der Arbeitsleistung zur Folge haben muß.

Eine interessante Untersuchung über die deutschen Volksbibliotheken veröffentlicht Dr. Ernst Schulze-Großhans im letzten Heft des „Archivs für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik“. Die Berechnungen des Aufsichtes stützen sich auf Zahlen, die der Verfasser durch eine Umfrage bei sämtlichen Volksbibliotheken in allen deutschen Städten mit mehr als

20000 Einwohnern gesammelt hat. Dr. Schulze teilt diese Städte in 2 Gruppen: die Großstädte mit mehr als 100000 Einwohnern und die Mittelstädte mit 20000—100000 Einwohnern. Die 40 deutschen Großstädte mit mehr als 100000 Einwohnern besitzen eine Gesamtbevölkerung von 11 380 000 Seelen, also fast den fünften Teil aller Bewohner des Deutschen Reiches überhaupt. Ihre Volksbibliotheken umfassen zusammen 807 000 Bände, so daß also 1 Band durchschnittlich auf 14,10 Einwohner entfällt. Zum Vergleich für die Fortschritte der letzten 10 Jahre werden auch die Zahlen vom Jahre 1895 gegeben. Damals gab es 28 deutsche Großstädte mit mehr als 100000 Einwohnern und mit einer Gesamtbevölkerung von 7 294 000 Menschen; es kam durchschnittlich 1 Band auf 18,50 Einwohner. Mehr als 100000 Bände im Jahre verleihen jetzt die Volksbibliotheken und Bibliotheken in Berlin, Frankfurt a. M., Hamburg, Breslau, Dresden, Essen, Darmen, Ebersfeld, Charlottenburg, Köln und Straßburg. In 28 von den 40 Großstädten bestehen in den Volksbibliotheken neben der Ausleihbibliothek noch Lesesäle. Doch scheint sich allmählich die Liebergenug Bahn zu brechen, daß die Ausleihbibliothek bei weitem die wichtigere Einrichtung ist.

Ungünstiger ist das Verhältnis in den Mittelstädten zwischen 20000 und 100000 Einwohnern. Dr. Schulze kommt zu dem Schluß, daß in diesen Städten das Volksbibliothekswesen im Verhältnis noch weiter als in den Großstädten zurück ist. Lebenswerte Ausnahmen sind z. B. Jena, Ulm, Bonn, Greifswald, Lüdenscheid, Wiesbaden. Dabei ist die Verbreitung guten Lesestoffes in den kleineren Städten kaum minder wichtig. Denn wie der Großstädter ohne gute Lektüre in Gefahr gerät, in steigenden Vergnügungen zu verlaufen, so kommt der Kleinstädter in Gefahr, in Klatschsucht und Kirchturninteressen zu verlaufen. So gering selbst bei den Großstädten die Zahlen namentlich im Vergleich mit den amerikanischen Verhältnissen erscheinen, so klingt doch ungleich ungünstiger, was der Aufsicht über die ländlichen Volksbibliotheken namentlich auf Grund der durch die Dichter-Gebärdnis-Stiftung gesammelten Erfahrungen zu berichten weiß. Zwar sei nicht eine einzige größere Schenkung für ländliche Volksbibliotheken gemacht worden, und wenn sich nicht gemeinnützige Gesellschaften, Kreisvereine und Regierungen ihrer eifrig angenommen hätten, würde es noch viel bedauerlicher mit ihnen bestellt sein. Gibt es doch nach einem gleichzeitig erschienenen Aufsatze desselben Verfassers im 1. Bande des „Archivs für Volksbildungswesen“ über die Volksbibliotheken der deutschen Dörfer — schätzungsweise 5000—6000 solcher kleiner ländlicher Volksbibliotheken allein im Deutschen Reich! Daß hier ein fruchtbarer Boden zu bearbeiten ist, zeigen die Auszüge, die der Aufsatz aus den Jahresberichten der genannten Stiftung mitteilt. Während indessen die Städte ganz gut für sich selbst sorgen können, wo erit einmal die Erkenntnis von der Notwendigkeit der Volksbibliotheken durchgedrungen ist, ergibt sich doch aus Dr. Schulzes Untersuchungen gleichzeitig, daß das ländliche Land noch sehr der Hilfe bedarf. Die Tätigkeit der Deutschen Dichter-Gebärdnis-Stiftung in Hamburg-Großhansort verdient deshalb alle Anerkennung und vor allem tatkräftige Förderung durch alle Kulturfreunde.

Arbeitsämter in Südamerika. Während in Deutschland schon seit Jahren die Arbeiter vergeblich für die Errichtung eines Arbeitsamtes kämpfen, ist man in verschiedenen Staaten Südamerikas darüber schon längst hinaus. Wie wir der „Soz. Praxis“ entnehmen, ist in Argentinien bereits im Mai d. J. ein Arbeitsamt errichtet worden, und jetzt ist auch der Nachbarstaat Uruguay mit der Schaffung einer ähnlichen Behörde gefolgt. Wie das argentinische Amt zunächst eine systematische Arbeiterstatistik eingerichtet hat, so soll auch dem Amt in Uruguay in erster Linie die Erhebung genauer Angaben über Gewerbe- und Arbeiterverhältnisse obliegen. Es soll die Gesundheitsverhältnisse in den Gewerbebetrieben, die Arbeitszeiten, die Arbeitsentlohnungen, ihre Ursachen und die Wege zu ihrer Beseitigung, Wohnungs- und Lebensverhältnisse, das Sparwesen, die Arbeitsvermittlung, die Arbeiter- und Arbeitgeberverbände, die Preisbewegung im Inlande im Vergleich zum Auslande studieren und die statistischen Grundlagen für die soziale Versicherung unteruchen. Man sieht, es handelt sich um ganz ähnliche Aufgaben, wie sie dem in Deutschland geforderten Reichs-Arbeitsamte auch übertragen werden müßten. Vielleicht nimmt sich der neue Staatssekretär des Reichsamts des Innern, der doch „erst recht Sozialpolitik“ treiben will, das in Südamerika gegebene Beispiel zum Vorbild.

Die 353. Veranstaltung des Vereins für Volksunterhaltungen in Berlin findet am Sonntag, dem 27. Oktober, abends 7 Uhr, in der Singakademie statt. — Es werden mitwirken: Feuilleton-Hilfe Ulger (Gesang), Herr G. Krüger (Gesang), Herr Dr. Emil Milan (Regitation), Fräulein Adila v. Krantz (Violone).

I. Übersicht über Einnahmen, Ausgaben und Vermögensstand der Deutschen Gewerkschaften seit 1901, nebst Vergleichszahlen der beiden anderen Gewerkschaftsrichtungen.

Jahrgang	1. Mitgliederbestand	2. Einnahmen (Gewerkschaften)		3. Ausgabe (Gewerkschaften)		4. Vermögen des Gewerkschafts		5. Vermögen der Krankenkasse	6. Vermögen der Sterbekasse	7. Gesamtvermögen		8. Die sozialdemokr. Gewerkschaften		9. Die christlichen Gewerkschaften	
		Insgesamt	pro Kopf	Insgesamt	pro Kopf	Insgesamt	pro Kopf			Insgesamt	pro Kopf	vereinb. pro Kopf	haben pro Kopf ein Vermögen von	vereinb. pro Kopf	haben pro Kopf ein Vermögen von
1901	96 506	720 962,41	7,46	714 897,18	7,40	1 808 074,15	18,51	1 066 044,07	772 416,52	8 146 584,74	32,50	14,06	12,09	?	?
1902	102 581	800 484,12	7,79	778 702,86	7,54	1 289 529,62	12,58	1 258 704,00	672 786,88	8 220 969,95	31,50	15,18	13,98	5,64	4,28
1903	110 215	929 412,14	8,43	885 173,28	8,08	1 246 576,41	11,81	1 287 495,85	777 674,96	8 381 746,42	30,28	18,49	14,61	7,08	4,98
1904	111 899	1 069 785,98	9,56	1 085 758,88	9,25	1 898 288,06	12,50	1 851 480,61	642 077,76	8 421 796,48	30,58	19,19	15,80	8,81	6,42
1905	117 097	1 386 650,54	11,41	1 220 178,27	10,42	1 894 995,11	11,90	1 279 028,06	828 045,11	8 497 069,28	29,86	20,68	14,60	18,00	6,64
1906	118 508	1 404 072,28	11,87	1 400 181,85	11,81	1 818 415,16	11,12	1 872 850,64	985 810,44	8 626 082,24	30,60	24,62	14,98	18,67	9,50
		6 261 267,42	—	6 029 841,72	—										

II. Die Leistungen der gesamten Gewerkschaften seit dem Jahre 1901.

Jahr	Rechtschutz	Arbeitslosenunterstützung	Streit- und Ausperrungsunterstützung	Reise-, Umzugs- und Kostenausgaben	für Bildungszwecke	für Zeitungen einschl. Versand	Agitation und Reisen	Insertion, Druckkosten, Material und Arbeitsvermittlung	Ortsverbands- und Ortsvereine	Verwaltungsstellen der Hauptverbände und der Ortsvereine	Angelegte Gelder
1901	8 564,17	186 558,52	Die Ausgaben wurden bis 1904 mit der Arbeitslosenunterstützung zusammen verrechnet	57 747,61	29 382,82	106 699,89	26 460,52	48 451,80	85 418,58	169 812,09	46 807,58
1902	8 281,65	246 899,88		62 245,19	29 864,66	112 880,81	34 994,07	65 450,76	89 288,21	150 800,24	24 402,94
1903	9 227,87	250 204,76		69 076,90	87 412,81	128 421,18	40 226,85	59 191,04	41 976,00	169 890,56	80 946,47
1904	18 683,74	256 620,27		72 521,18	40 570,24	182 686,54	71 660,67	60 544,74	46 487,65	190 815,90	160 098,95
1905	14 790,88	198 746,38		67 801,81	17 844,68	188 581,21	102 898,58	67 871,09	58 591,81	281 951,49	49 958,45
1906	15 988,81	186 148,24		70 481,88	14 550,59	184 521,00	171 704,18	56 662,02	50 865,81	250 014,42	66 954,90
Summa	71 080,87	1 269 167,45		899 878,42	168 625,28	748 289,58	447 944,82	858 170,95	267 572,06	1 162 984,69	412 167,84

\*) Ein Teil der Gewerkschaften best. diese Kosten jetzt aus der Kassenkasse. Da diese Beiträge in der Abrechnung nicht enthalten sind, ist die wirkliche Ausgabe erheblich höher.

solchen Organisation anbinden, ist zweifellos. Auch in der Agitation können daher diese Ziffern nützliche Bemerkung finden.

Tabelle II zeigt uns, wie sich die hauptsächlichsten Ausgaben für Unterstützung, Agitation usw. seit 1901 gestalten. Am meisten fällt dabei die erhebliche Steigerung der Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung und Streiks auf. Die Beträge dafür haben sich verdreifacht, und der Vorwanteil davon entfällt auf Streikunterstützung. Für den Gewerkschaften der Maschinenbauer weisen wir das alles noch in den weiteren Tabellen genauer nach. Wie sich die Ausgaben in 1906 auf die einzelnen Gewerkschaften verteilen, möge man in Nr. 51 des „Gewerkschafts“ nachsehen. Es wird vielleicht interessieren, hier noch einige Zahlen wiederzugeben, die wir dem „Korrespondenzblatt der Generalkommission“ entnehmen und die in der Agitation sehr nutzbringend verwertet werden können. Es vorausgabten in 1906 pro Kopf für

	Gewerkschaften	Christl. Gewerkschaften
Rechtschutz und Unterstützungen	1,88 Mk.	0,44 Mk.
Streiks- und Ausperrungen	3,73 Mk.	3,45 Mk.
Arbeitslosen-Unterstützung	1,17 Mk.	0,25 Mk.

Damit ist u. a. auch bewiesen, daß die Gewerkschaften in der Durchführung von Lohnkämpfen wesentlich leistungsfähiger sind als die Christlichen. Jedes Mitglied muß also in stande sein, die Vorwürfe, die die Christlichen gegen uns richten, wie seien Unterstützungsvereine usw. zurückzuweisen.

Faßt auf das Lebensjahr sind in den Gewerkschaften seit 1901 die Ausgaben für Agitation gestiegen. Auch diese Ziffern verteilen sich nicht gleichmäßig auf alle Gewerkschaften, sondern betreffen hauptsächlich Maschinenbauer, Tischler, Textilarbeiter, wozu neuerdings noch kommen Bauhandwerk- und graphische Berufe. Die Früchte aus diesen Ausgaben können sich aus mancherlei Gründen, die nicht in diese Darlegung hineingehören, erst nach und nach in einigen Jahren zeigen. Besonders die Vereine, die in puncto Agitation mehr leisten müssen, sollten umgesehen an den Ausbau ihrer diesbezüglichen Einrichtungen herangehen.

Verhältnismäßig hoch sind auch die Ausgaben für Verwaltungskosten. Man darf sich aber durch diese Ziffern nicht täuschen lassen, denn sie enthalten auch alle Ausgaben für die Kranken- und Begräbniskassen.

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, 22. Oktober 1907.

Einem ersten Erfolg haben die vereinigten Ortsvereine der Deutschen Kaufleute in Stettin erzielt. Bei der am 20. d. Mts. stattgefundenen Kaufmannsgerichtswahl entfielen von 875 abgegebenen Stimmen 209 auf die Liste unserer Kaufleute, die ganz selbständig vorgegangen waren. Da 80 Mitglieder zu wählen waren, entfielen auf unsere Liste 7.

Hoffentlich ist dieser Erfolg ein Ansporn, das nächste Mal mit noch größerer Energie vorzugehen, um dann noch mehr Beisitzer zu gewinnen.

Der „Zweite deutsche Arbeiterkongress“ ist am Sonntag in Berlin eröffnet worden und wird über seinen Verlauf nach Beendigung desselben im Zusammenhang berichtet werden. Für heute sei nur kurz ein Zwischenfall geschildert, der sich in der Montagvormittag und berechtigtes Aufsehen in der Arbeitervereine, Barisch, verlangte namens seines Verbands eine Erklärung darüber, warum die Deutschen Gewerkschaften zu dem Kongress nicht eingeladen seien, da der Kongress ein einheitlich nationaler Kongress sein solle. Der Vorsitzende Behrens gab danach eine Erklärung der Kongressleitung ab, die Gewerkschaften hätten die Beteiligung abgelehnt; sie wollten sich nur dann beteiligen, wenn alle Organisationen auf den Boden der Gewerkschaften träten. Dieser offenbar schiefen Darstellung trat dann Barisch unter Berufung auf Frhr. v. Berlepsch entgegen. Berlepsch habe sich zwei Jahre hindurch bemüht einen einheitlichen nationalen Kongress zustande zu bringen. Das sei aber bis zu allererst an der schroffen Ablehnung des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften gescheitert. Diese Erklärung gabten den christlichen Gewerkschaften natürlich wenig. Herr Stegerwald, der Sekretär des Gesamtverbandes christlicher Gewerkschaften, suchte sich zu entschuldigen, indem er sagte, was die christlichen Gewerkschaften machten, ginge den Kongress nichts an. Er vergah nur, daß die leitenden Personen beiderseits dieselben sind. Man stelle der katholischen Arbeitersekretär Meyer-Düsseldorf den Antrag, über die Sache zur Tagesordnung überzugehen. Dagegen wandte sich aber der Arbeitersekretär Fischer-Neutlingen, als Vertreter des württembergischen Verbandes evangelischer Arbeitervereine. Er müsse sich der Erklärung Barisch entschieden anschließen, und verlange, daß endgültig klar gestellt werde, ob es sich hier um einen einseitigen Kongress handle, oder um einen, der alle nationalen Arbeitervereine umfasse. Natürlich war die Mehrheit auf Seiten der Christlichen und die Anträge wurden durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Es ist also jetzt wohl kein Zweifel mehr möglich, daß der Kongress in seiner heutigen Form ein „antisemitisch-konfessions-ultramontaner“ sein will und ist. Das zeigt sich auch darin, daß keine der liberalen Parteien zu dem Kongress eingeladen wurde. Man wird nun abwarten haben, was die evangelischen Arbeitervereine machen. Deutlicher, als hier geschehen, kann ihnen der Stuhl nicht vor die Tür gesetzt werden. Sie dürfen dabei sein, wenn sie schweigen; wollen sie aber einen Einfluß ausüben, ja wollen sie nur etwas sagen, dann — Uebergang zur Tagesordnung! Es ist übrigens nicht verschölen, daß uns glaubwürdig mitgeteilt wird, drei weitere Landesverbände evangelischer Arbeitervereine hätten ebenfalls auf dem Boden der Erklärung des Saarverbandes.

Der Eingriff in das Freizügigkeitsrecht, von dem wir kürzlich berichteten, insofern als beim Bau des Großschiffahrtsweges Berlin-Stettin bestimmte Arbeiter von der Beschäftigung ausgeschlossen werden, soll nicht auf den Minister der öffentlichen Arbeiten, sondern auf das Hauptbaurat in Potsdam zurückzuführen sein. Das mag sein. Dann trifft eben der Vorwurf eine andere Instanz. An der Tatsache selbst wird dadurch aber nichts geändert. Wenn aber die konservative „Kreuz-Ztg.“, von der diese Mitteilung ausgeht, behauptet, daß die betreffende Verfügung nichts mit der Freizügigkeit zu tun habe, so trifft das nicht zu. Denn die Freizügigkeit wird hinsichtlich, wenn der Staat als größter Arbeitgeber die Beschäftigung von Arbeitern auf bestimmten Gebieten beschränkt oder ganz ausschließt. Mit vollem Recht weist demgegenüber die „Frankf. Ztg.“ auf die Ausführungen des ehemaligen Staatssekretärs Grafen Posadowsky hin, die er gelegentlich der Erörterungen über die Erweiterung des Nordostkanals am 2. Mai d. J. im Reichstag gemacht hat. Er sagte:

„Ich halte es für ganz selbstverständlich, daß man, soweit es mit den finanziellen Ansprüchen irgendwie vereinbar ist, in erster Linie das deutsche Material benutzt, und ebenso, daß man alle Verhältnisse ernstlich anwendet, auch in erster Reihe deutsche Arbeiter zu beschäftigen. Es ist ein großes nationales Werk, welches wir ausführen, und ich glaube, es ist ein berechtigter Anspruch, daran zunächst und vorzugsweise die deutsche Industrie und die deutsche Arbeitskraft zu beteiligen.“

Er also will deutsche Arbeiter beim Kanalbau beschäftigen im Gegensatz zu der Behörde, die den größten Erfolg herausgegeben hat und die offenbar Ausländer heranziehen will. Auch ein „Schutz der nationalen Arbeit“.

Arbeiterbewegung. In Potsdam ist es nun doch zu einem Ausbruch der Schlichtungsgesellen gekommen nachdem die 14tägige Rindigungsfrist abgelaufen ist und von den Meistern, abgesehen von einigen Ausnahmen, wesentliche Zugeständnisse nicht gemacht wurden. Leider ist es gelungen, Arbeitswillige heranzuziehen, doch hielten die Werkstätten trotzdem ihre Forderungen durchsetzen zu können. — Die drohende Ausperrung der im Baugewerbe beschäftigten Arbeiter in Hannover ist abgewendet dadurch, daß die streikenden Bauarbeiter am Freitag die Arbeit wieder aufgenommen haben. — Auch in Straßburg i. G. ist der im Baugewerbe bestehende Kampf beendet worden dadurch, daß es dem Bürgermeister gelungen ist, die Parteien zum Abschluß eines drei Jahre laufenden Tarifvertrages zu bestimmen, der den Arbeitern einige, wenn auch nicht erhebliche Zugeständnisse macht. — Die Bewegung der Rahmenvergoldner in Berlin scheint einen friedlichen Verlauf nehmen zu wollen, nachdem die Arbeiter ihre Forderungen herabgesetzt und die Unternehmer etwas Entgegenkommen gezeigt haben. Die getroffene Vereinbarung sieht eine Erhöhung der Löhne um 7 pCt. vor und Zuschläge für Lebensstunden bis zu 10 pCt. Die wöchentliche Arbeitszeit soll 51 Stunden betragen. — In fast sämtlichen Schulp...